

20. IV. 1915

Unsere Versorgung mit Kartoffeln.

z Berlin, 19. April. (Telegr.) Nach der neuen Bundesrats-Berordnung sollen die Kommunalverbände, die die Träger der ganzen Kartoffel-Versorgung sind, in erster Linie den Bedarf der minderbemittelten Bevölkerung befriedigen. Naturgemäß ist für diese Bestimmung vor allem ein soziales Interesse maßgebend gewesen. Wenn die bemittelten und wohlhabenden Kreise auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, so ist es doch durchaus berechtigt, daß ihr Interesse zurücktritt, da sie am ehesten in der Lage sind, sich selbst mit Kartoffeln zu versorgen oder sich Ersatzmittel zu beschaffen. Schwierig ist es allerdings, die richtige Grenze zwischen Bemittelten und Unbemittelten zu bestimmen, und trotz mancher Bedenken hat man sich schließlich doch entschlossen, ein bestimmtes Einkommen zugrunde zu legen, wenigstens für die Berechnung der erforderlichen Gesamtmengen, wobei es dem einzelnen Kommunalverband dann immer noch überlassen bleibt, besondere andere Gesichtspunkte mit zu berücksichtigen. In erster Linie sei da z. B. an die Zahl der Kinder erinnert. Zu unterscheiden hat man in erster Linie zwischen den Überschuß-Verbänden und den Zuschuß-Verbänden; erstere sind solche, die mehr Kartoffeln zur Verfügung haben, als sie brauchen, letztere dagegen solche, deren Eigenproduktion nicht zur Deckung des Bedarfs ausreicht. Im wesentlichen handelt es sich dabei um die großen Städte und Industriezentren. Aufgabe der Kommunalverbände ist es nun zunächst, zu prüfen, welche Vorräte vorhanden sind, wobei die Statistik vom 15. März oder, was noch besser ist, eine neue Statistik als Grundlage zu dienen hätte. Dabei empfiehlt es sich vielleicht, auch die Vorräte unter einem Zentner zu berücksichtigen. Auch Ware, deren Lieferung noch zu fordern ist, wäre in Rechnung zu stellen. Neben dem freihändigen Ankauf der nötigen Mengen darf dann auch zwangsweise auf die Vorräte zurückgegriffen werden, die in dem betreffenden Bezirk lagern. Genügt das alles nicht, so hat der Verband seinen restlichen Bedarf bei der Reichsstelle für Kartoffel-Versorgung anzumelden. Für die Feststellung des Bedarfs rechnet man als Tagesdurchschnitt für den Kopf mit etwa $\frac{1}{2}$ bis 1 Pfund. Aufgabe der Reichsstelle ist es dann, den Bedarf im Zwangswege umzulegen. Die Stelle hat bisher etwa 2 Millionen Tonnen auf die Zuschuß-Verbände umgelegt, wobei erwähnt sei, daß wir wahrscheinlich weniger brauchen werden. Bei einer Umfrage des Reichverbandes der Städte hatten die Städte mit über 100 000 Einwohnern z. B. einen Bedarf von 365 000 Tonnen angemeldet; als man dann aber die Umfrage auch auf die Städte von 25 000 bis 100 000 Einwohner ausdehnte, ergab sich nur noch ein Bedarf von 290 000 Tonnen, ein Beweis, in welchem Maße inzwischen schon die Städte selbst vorgesorgt hatten. So hat eine Großstadt im Westen überhaupt keinen Bedarf angemeldet. Die bisherigen Feststellungen zeigen jedenfalls, wie wir von zuständiger Seite erfahren, daß wir vor einer starken Kartoffelnnot uns nicht zu bangen brauchen; Grund zu Besorgnis liegt jedenfalls nicht vor. Wichtig ist in dieser Beziehung auch, daß die Kartoffeln außerordentlich gut durch den Winter gekommen sind, und es ist anzunehmen, daß die tatsächlichen Vorräte größer waren, als die Statistik vom 15. März ergeben hat. Was nun die Überschuß-Verbände anbelangt, so haben sie zunächst zu versuchen, die nötigen Mengen freihändig anzukaufen, wie das in Preußen ja auch schon in größerem Maßstabe durch die Landräte geschehen ist. Gelingt das nicht, so ist die Möglichkeit gegeben, zwangsweise die Bestände

bei den Besitzern zu enteignen. Für die Verbraucher ist schließlich die Preisfrage von größter Bedeutung, und da ist das Wesentliche das, daß das Reich erhebliche Zuschüsse leistet. Der Preis für den kleinen Mann stellt sich auf den gesetzlichen Höchstpreis zuzüglich der Fracht und der Kosten der Unterverteilung, also etwa so, wie jetzt auch. Den Unterschied zwischen diesem Verkaufspreis und dem höhern Einkaufspreis deckt das Reich. Wir haben schon in der Ersten Morgen-Ausgabe auseinandergesetzt, daß eine Kartoffelnnot nur dann dringend wird, wenn auch weiterhin die 17 Millionen Schweine, die wir noch im Reiche haben, von den Vorräten mitfressen. Es ist anzunehmen, daß dagegen bald Maßregeln getroffen werden.